



Bezahlbarer Wohnraum für alle

# Bürgerentscheid für eine kommunale Wohnungsgesellschaft in Osnabrück

# Themen des Workshops

---

- Wohnungssituation in Osnabrück
- Politische Ausgangslage in Osnabrück
- Kampagne für bezahlbaren Wohnraum und kommunale Wohnungsgesellschaft
- Warum eine kommunale Wohnungsgesellschaft?
- Warum ein Bürgerbegehren/Bürgerentscheid?
- Was bisher geschah ...
- ... und wie es weitergeht

# Wohnungssituation in Osnabrück



- Anstieg der Mieten – Problem auch für „Normalverdiener“
- fehlender Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen
- immer weniger Wohnungen mit sozialer Bindung
- Wohnungsbestände weitgehend in privatem Eigentum –  
Kommune hat kaum Einfluss
  - auf Entwicklung der Mieten
  - für welche Bevölkerungsgruppen Wohnungen gebaut werden
- OWG 2002 verkauft – Stadt hat wichtiges wohnungspolitisches Instrument  
aus der Hand gegeben

# Politische Ausgangslage

---

- Alle Parteien erkennen das Problem an und treten verbal für Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ein – allerdings unterschiedliche Konzepte
- SPD, Grüne und Linke für Gründung kommunaler Wohnungsgesellschaft – mehrmals im Rat damit gescheitert
- Organisationen der Zivilgesellschaft sehen Wohnungsmisere als drängendes soziales Problem
- Viele Menschen sind betroffen
- Es gibt keine Mieterinitiativen

# Kampagne für bezahlbaren Wohnraum und eine kommunale Wohnungsgesellschaft



## Unsere Idee

- Thema „Bezahlbarer Wohnraum“ langfristig in die politische Debatte bringen
- Ziel: öffentlichen Druck aufbauen, der Situation real verbessert
- Im Mittelpunkt: Forderung nach Neugründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft
- Bürgerbegehren/Bürgerentscheid zur Durchsetzung organisieren
- Breites Bündnis aufbauen, das Kampagne umsetzt
- Kampagne als Rahmen für andere wohnungspolitische Themen nutzen

# Was hat das mit attac zu tun?

---

- Aufgreifen der sozialen Frage
- Mobilisierung von unten
- Gegen Privatisierung – für Rekommunalisierung
- Demokratisierung
- Ökonomische Alphabetisierung (neoliberale Wohnungspolitik, Finanzialisierung)
- Konzernkritik (z.B. Vonovia)

# Warum eine kommunale Wohnungsgesellschaft?

---

## Begründung unserer Forderung

- Nicht profitorientiert, sondern kostendeckend
- Stadt kann gezielt da investieren, wo Mangelsituation besteht (also z.B. in preisgünstigen Wohnraum)
- Stadt hat Einfluss auf die Belegung der Wohnungen
- Wenn Stadt über viele Wohnungen verfügt und günstig anbietet, wirkt das dämpfend auf Mietpreise in der ganzen Stadt
- Stadt(teil)-Entwicklung lässt sich besser steuern

# Warum ein Bürgerbegehren/Bürgerentscheid?



- Das Wichtigste: erfolgreicher Bürgerentscheid entspricht einem Ratsbeschluss - verpflichtet die Stadt, Forderung umzusetzen
- Verfahren dauert 6 bis 9 Monate – in der Zeit findet intensive öffentliche Debatte statt
- Mit Unterschriftensammlung an die direkt Betroffenen wenden und sie eventuell aktivieren – das wirkt Vereinzelung entgegen, schafft Solidarität
- Während Kampagne läuft, lassen sich auch andere wohnungspolitische Themen und Probleme aufgreifen – das verhilft ihnen zu mehr Resonanz



# Chronologie bis zum Bürgerentscheid



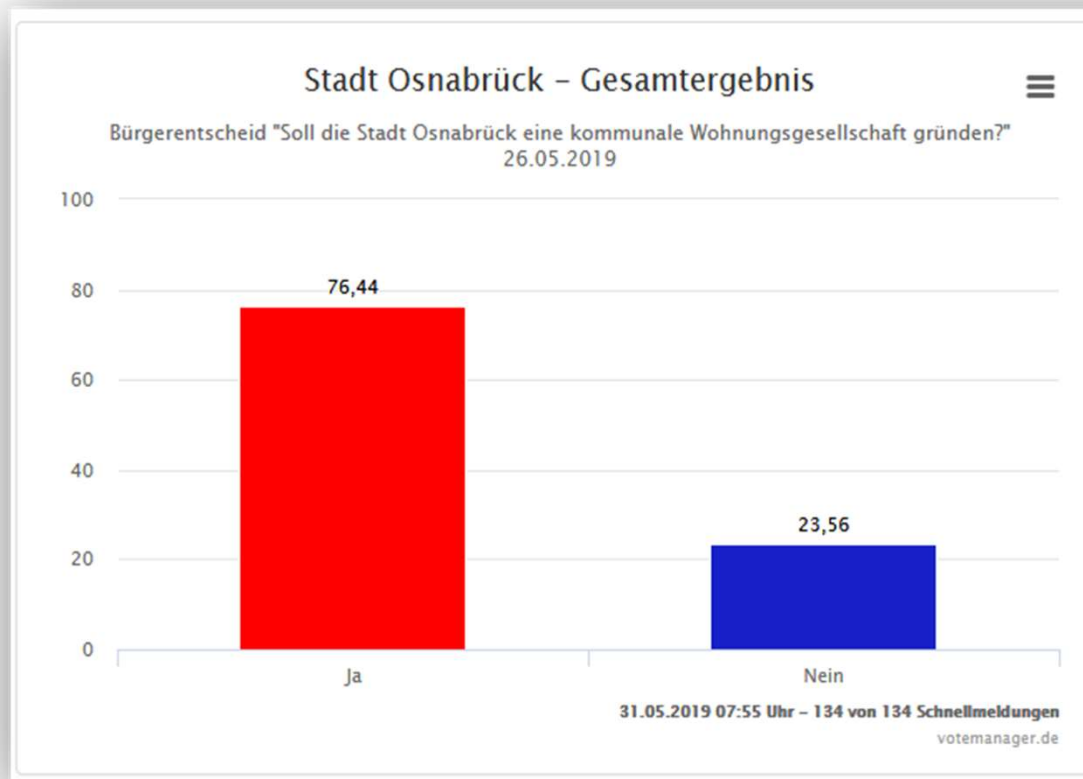
- Auftaktveranstaltung Ende April 2018 / Mai 2018 Gründung des Bündnis
- Sommer 2018 Vorbereitungsphase
- September 2018: Start der Unterschriftensammlung für Bürgerbegehren
- Vielfältige Aktivitäten zur Unterschriftensammlung
- Positive Resonanz in der Bevölkerung
- Februar 2019: nötige Unterschriften erreicht
- März 2019: Rat mehrheitlich weiter gegen kommunale Wohnungsgesellschaft
- Konsequenz: Bürgerentscheid am 26.5. (mit Europawahlen)

# Mobilisierung für Bürgerentscheid

- Bürgerentscheid am gleichen Tag wie Europawahl – Vorteile für die Mobilisierung
- Aktivitäten des Bündnis: Plakatierung, Hauswurfsendung, Infostände, Ostermarsch und 1. Mai, Fahrrad-Demo



# Der Bürgerentscheid



	Anzahl	Prozent
■ Ja	56.512	76,44 %
■ Nein	17.416	23,56 %

Die Abstimmungsbeteiligung liegt bei:

# 56,59 %

134 von 134 Schnellmeldungen

Wahlbezirke



# Wie es jetzt weitergeht

---

- Alle Parteien erklären, Bürgerentscheid zu respektieren und Ergebnis umzusetzen
- Stadtverwaltung soll bis September erstes Konzept vorlegen
- Bündnis fordert Beteiligung an den Planungen und breite Bürgerbeteiligung
- Viele Detailfragen durch Bürgerentscheid nicht geklärt – werden jetzt Gegenstand von Auseinandersetzungen
- Bündnis beschäftigt sich damit in zwei Arbeitsgruppen
- Messlatte für alle Vorschläge: Positionspapier des Bündnis

